LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/2796
12. 11. 2008

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 55. und 56. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 13. November und Freitag, dem 14. November 2008

1. Abgeordnete David Langner, Margit Mohr und Barbara Schleicher-Rothmund (SPD)

Erneute Proteste gegen Atommülltransport durch Rheinland-Pfalz und ungelöste Frage einer sicheren Endlagerung

Am vergangenen Wochenende hat erneut ein Atommülltransport aus Frankreich bei Wörth die Grenze zu Rheinland-Pfalz passiert und auf seinem Weg nach Gorleben rheinland-pfälzisches Gebiet durchfahren. Der Atommülltransport wurde teils durch massive Proteste begleitet. Der Atommülltransport enthält die Reste alter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken. Diese waren in der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich aufbereitet worden. Nach wie vor gibt es keine Lösung in der Frage einer sicheren Endlagerung radioaktiven Mülls.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Situation hinsichtlich der ungelösten Frage einer sicheren Endlagerung radioaktiven Mülls?
2. Gibt es aus Sicht der Landesregierung in Deutschland und Europa derzeit ein als sicher einzustufendes Endlager für Atommüll?
3. Wie ist vor diesem Hintergrund der von einigen Atomlobbyverbänden geforderte Neubau von Atomkraftwerken zu bewerten?

2. Abgeordnete Ulla Schmidt, Ralf Seekatz, Dr. Peter Enders, Matthias Lammert und Erwin Rüddel (CDU)

Mehr Zughalte am ICE-Bahnhof Montabaur

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung im weiten Umkreis des Einzugsbereichs des ICE-Bahnhofs Montabaur wächst wegen Streichung von Zugverbindungen und Zugausfällen. Es fahren zu viele Züge durch, ohne am Bahnhof zu halten.
Der „Lufthansazug“, den die Lufthansa als Ersatz der ausgefallenen Flüge zwischen Köln und Frankfurt eingesetzt hat, hält derzeit nicht am ICE-Bahnhof Montabaur. Die in dem Ticket befindlichen Fahrscheine können daher nicht genutzt werden. Da für den 14. Dezember 2008 neue Fahrpläne gestaltet werden, ist es unabdingbar, mit der DB AG und den Flughäfen Köln und Frankfurt diesbezüglich Vereinbarungen zu treffen.
Es hat sich eine Initiative „Bürger für den ICE-Bahnhof Montabaur“ gebildet, die von namhaften Firmen im gesamten Einzugsbereich der IHK der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Landrat und Bürgermeistern und mit derzeit knapp 3 000 Beitritten durch Unterschriften gestützt wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung bereit, die von der Initiative „Bürger für den ICE-Bahnhof Montabaur“ geforderten Belange „mehr Zughalte“ gegenüber der DB AG und den Vertretern der Flughäfen zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Form?
2. Wird die Landesregierung die von der Initiative anberaumten Termine mit wahrnehmen?
3. Welche eigenen Initiativen entwickelt die Landesregierung, um die Attraktivität des ICE-Bahnhofs Montabaur, des einzigen im Land Rheinland-Pfalz an der Strecke Köln – Rhein-Main, zu erhöhen und weitere Zughalte zu erwirken?
4. Welche dauerhaften Maßnahmen seitens der DB AG sind nach Auffassung der Landesregierung nötig, um die derzeitige Ausdünnung von Fahrplänen zu vermeiden?

Die Mündlichen Anfragen Nr. 9, 10, 13 und 16 sind fristgerecht für die 56. Plenarsitzung am Freitag, dem 14. November 2008, eingegangen.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 12. November 2008

3. Abgeordnete Günter Eymael und Herbert Mertin (FDP)

Aktuelle Entwicklungen des Flughafens Frankfurt-Hahn

Medienberichten zufolge will die Fraport AG angeblich die Gebühren für Ryanair verdreifachen. Grund hierfür sei, dass Fraport die Einnahmesituation ihrer Beteiligung auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn verbessern wolle. Ziel sei es, im Jahr 2010 eine schwarze Null auf dem Hunsrückflughafen zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Zahl der Fluggäste und der Verlust vor Steuern und Zinsen (EBIT) vom 1. Januar 2008 bis 31. Oktober 2008 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?
2. Treffen nach Kenntnis der Landesregierung Medienberichte zu, wonach die Fraport AG die Gebühren für Ryanair möglicherweise deutlich erhöhen will?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Zielsetzung der Fraport AG, bis Ende 2010 schwarze Zahlen zu schreiben, in Verbindung mit der Aussage, dass die Fraport AG die Verlustsituation nicht nachhaltig tragen werde?
4. Welche Aufgaben hat die geplante neue Entwicklungsgesellschaft und wer soll Träger dieser Gesellschaft werden?

4. Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros (CDU)

Landesbeirat für Denkmalpflege

Am 13. November 2008 soll die Novellierung des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes beschlossen werden. In § 26 alter und neuer Fassung ist die Einsetzung eines Landesbeirats für Denkmalpflege vorgesehen. Die Amtszeit des im Jahr 2003 eingesetzten Beirats ist am 31. Oktober 2007 ausgelaufen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aufgaben hat der Landesbeirat für Denkmalpflege und welche Bedeutung weist die Landesregierung seiner Arbeit zu?
2. Wer gehört diesem Gremium an?
3. Wann hat er zum letzten Mal getagt?
4. Wann ist die nächste Sitzung vorgesehen?

5. Abgeordnete Manfred Nink, Frank Puchtler und Harald Schweitzer (SPD)

Zugausfälle und Verzögerungen auf der ICE-Strecke Köln – Montabaur – Mainz – Frankfurt

Viele Pendler der ICE-Strecke Köln – Montabaur – Mainz – Frankfurt mussten Zugausfälle und Verzögerungen wegen kurzfristig anberaumter Wartungsarbeiten an den Achsen der ICE-Züge hinnehmen. Bereits in der Vergangenheit hatten Reisende dieser ICE-Strecke öfter und unabhängig von den derzeitigen Wartungsarbeiten beklagt, dass Zugverbindungen dieser Strecke einfach gestrichen wurden. Die Deutsche Bahn AG stand außerdem im Oktober auch wegen einer mangelnden Informationspolitik bei den kurzfristig anberaumten Wartungsarbeiten in der Kritik.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand von Zugausfällen und Verzögerungen auf der genannten ICE-Strecke?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Informationspolitik der Deutschen Bahn AG, insbesondere soweit sie die Reisenden vom ICE-Halt Montabaur betrifft, anlässlich kurzfristig anberaumter Wartungsarbeiten von ICE-Zügen seit Oktober?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung der ICE-Strecke Köln – Montabaur – Mainz – Frankfurt im Hinblick auf Pendlerinnen, Pendler und Wirtschaft im Land?

6. Abgeordnete Bettina Dickes (CDU)

Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagsschulen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Kinder haben im vergangenen Jahr Mittel aus dem Sozialfonds bzw. Härtefonds für das Mittagessen an Ganztagsschulen erhalten – absolut und prozentual zur Zahl aller Ganztagsschülerinnen und -schüler?
2. Wie hoch waren die durchschnittlichen Leistungen des Landes pro Kind innerhalb eines Monats?
3. Was hat die Landesregierung veranlasst, künftig ausschließlich pauschal für 11 % der Ganztagsschüler Mittel aus Sozial- bzw. Härtefonds zu gewähren?
4. Bei wie vielen Schulträgern liegt die aktuelle Zahl der Kinder, die hilfeberechtigt bezüglich der Leistungen aus dem Sozial- bzw. Härtefonds sind, unter bzw. über der Zahl von 11 % (falls die aktuellen Zahlen noch nicht vorhanden sind, bitte die Zahlen aus dem vergangenen Schuljahr)?

7. Abgeordnete Herbert Mertin und Günter Eymael (FDP)

Steuerschätzung für 2008

Presseberichten zufolge hat die Steuerschätzung für den Landeshaushalt 2008 im Vergleich zur Veranschlagung Mehreinnahmen in Höhe von rd. 800 Millionen Euro prognostiziert. Die Einnahmeerwartungen für 2009 liegen mit 9,9 Milliarden Euro in dem im Haushaltsentwurf veranschlagten Korridor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches finanzpolitische Konzept hat die Landesregierung im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Mehreinnahmen von 800 Millionen Euro?
2. Ist die Landesregierung gewillt, angesichts der hohen Verschuldung des Landes die Mehreinnahmen vorwiegend zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen?
3. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind im Einzelnen geplant?
4. Wenn nein, welche anderen Vorstellungen hat die Landesregierung zur Verwendung der Mehreinnahmen?

8. Abgeordnete David Langner, Alfons Maximini und Carsten Pörksen (SPD)

Neues grenzüberschreitendes Frühwarnsystem für Hochwasser

Vor wenigen Wochen wurde das neue Hochwasserfrühwarnsystem als Ergebnis des EU-Projektes „Transnational Internet Map Information System“ (TIMIS) gestartet. Über Landesgrenzen hinweg ist die Hochwasservorhersage nunmehr grenzüberschreitend geregelt. Auch sind künftig Hochwasserwarnungen für kleinere Gewässer und damit in ganz Rheinland-Pfalz möglich. Anhand der im Internet veröffentlichten Hochwassergefahrenkarten für alle größeren Flüsse in Luxemburg und Rheinland-Pfalz kann man sich nunmehr umfassend über die Hochwassergefährdung informieren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das neue Hochwasserfrühwarnsystem?
2. Durch welche Verbesserungen wird die Hochwasserprävention konkret verstärkt?
3. Wie hoch waren die Gesamtkosten für das Projekt und mit welchem Betrag und welchen Projekten hat sich Rheinland-Pfalz an der Erstellung von Hochwassergefahrenkarten insgesamt beteiligt?
4. Wie gestaltete sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern?

9. Abgeordneter Gerd Schreiner (CDU)

Entwicklung der Steuereinnahmen infolge der schlechteren Wirtschaftsentwicklung

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Veränderungen ergeben sich aus der Steuerschätzung vom November 2008 für die zu erwartenden Steuereinnahmen in den beiden kommenden Jahren für den Landeshaushalt Rheinland-Pfalz?
2. Kann die Steuerschätzung vom November 2008 die Folgen für die Steuereinnahmen aus der sich offenkundig deutlich abschwächenden Entwicklung der Wirtschaft belastbar abbilden?
3. Ist die Veranschlagung der Steuereinnahmen im Regierungsentwurf für den neuen Doppelhaushalt angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung noch tragfähig und zu verantworten?
4. In welcher Weise muss die Haushaltspolitik des Landes reagieren, wenn die tatsächlichen Steuereinnahmen substantiell unterhalb der Veranschlagung im Regierungsentwurf bleiben?

10. Abgeordnete Dorothea Schäfer und Thomas Weiner (CDU)

Verkehrsgefährdung und landwirtschaftliche Schäden durch steigende Wildschweinpopulation

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Wildschweinpopulation in den letzten zwölf Monaten entwickelt?
2. Wie haben sich die Zahl der durch Wildschweine verursachten Verkehrsunfälle und die Schäden durch Wildschweine an landwirtschaftlichen Flächen, in öffentlichen Grünanlagen, Sportplätzen und Privatgärten in den letzten zwölf Monaten entwickelt?
3. Sieht die Landesregierung die Gefahr, dass sich im kommenden Jahr für viele Jagdbezirke keine Pächter mehr finden und in diesen Landesteilen ein „Jagdnotstand“ droht?
4. Hält die Landesregierung erleichternde Maßnahmen für die Jagd, wie z. B. die Erlaubnis des Jagens mit Nachtsichtgeräten oder Nachteilsausgleichen bei schwieriger Verwertung geschossener Wildschweine für geeignet, um eine intensivere Bejagung von Schwarzwild zu erreichen?

11. Abgeordnete Astrid Schmitt, Margit Mohr, Alfons Maximini, Ingeborg Sahler-Fesel und Manfred Nink (SPD)

Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand hinsichtlich von Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier?
2. Welche Konsequenzen ergeben sich aufgrund von möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier aus Sicht der Landesregierung hinsichtlich einer Rückforderung von Landesmitteln, sollten sich entsprechende Vorwürfe bestätigen?

12. Abgeordnete Günter Eymael und Herbert Mertin (FDP)

Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Sparkassen in Rheinland-Pfalz

Der Zusammenbruch des US-amerikanischen Immobilienmarktes im Sommer 2007 hat sich zu einer internationalen Finanzkrise bisher nicht gekannten Ausmaßes ausgewachsen, bei der erst nach und nach bekannt wird, inwieweit einzelne Banken und Sparkassen tatsächlich involviert sind. In Deutschland sind auch die Landesbanken von der internationalen Finanzkrise betroffen. Indirekt sind hierdurch aber auch die Sparkassen tangiert, da diese u. a. auch Anteilseigner der Landesbanken sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Inwieweit liegen der Landesregierung Erkenntnisse über die Beteiligung rheinland-pfälzischer Sparkassen an stark in ihrem Wert gefallenen Derivaten vor?
2. Bekanntlich ist auch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) betroffen. In welchem Umfang müssen die rheinland-pfälzischen Sparkassen als ein Anteilseigner der LBBW hier gegebenenfalls einspringen?
3. Mit welchen Wertberichtigungen aufgrund der Finanzmarktkrise haben die rheinland-pfälzischen Sparkassen im Vergleich zu den grundsätzlich zu erwartenden Wertberichtigungen zu rechnen?
4. Inwieweit sind einzelne Sparkassen aufgrund ihrer Finanzsituation akut gefährdet bzw. gezwungen, unter den Schirm des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes zu gehen?

13. Abgeordnete Hans-Josef Bracht, Alexander Licht und Thomas Günther (CDU)

Möglicher Ausstieg der Fraport AG aus der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die am vergangenen Donnerstag veröffentlichten Äußerungen des Vorstandes der Fraport AG für einen möglichen Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Hahn nach 2010 für die Zukunft dieses Flughafens?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Chancen des Flughafens Hahn, bis 2010 keine Verluste mehr zu machen?
3. Mit welchen Maßnahmen kann das Land nach Einschätzung der Landesregierung dazu beitragen, den Flughafen Hahn bis 2010 profitabel zu machen?
4. Wer könnte oder sollte nach Einschätzung der Landesregierung im Bedarfsfall die Anteile der Fraport AG übernehmen und zu einer wirtschaftlichen Sicherung des Flughafens Hahn beitragen?

14. Abgeordnete Heribert Heinrich und Martin Haller (SPD)

Erster Platz der Zentralstelle IT-Management, Multimedia, eGovernment und Verwaltungsmodernisierung beim „eGovernment-Wettbewerb“ in der Kategorie „Preis des CIO-Boards – Bestes Gesamtkonzept“

Die im Juli 2006 im Ministerium des Innern und für Sport eingerichtete Zentralstelle IT-Management, Multimedia, eGovernment und Verwaltungsmodernisierung hat den unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Dr. Schäuble ausgelobten renommierten „eGovernment-Wettbewerb“ in der Kategorie „Preis des CIO-Boards – Bestes Gesamtkonzept“ gewonnen. CIOs (Chief Information Officer) sind in Wirtschaftsunternehmen und in der Politik für das IT-Management verantwortlich.
In diesem Wettbewerb, der in Fachkreisen großes Ansehen genießt, hat sich die Zentralstelle IT-Management, Multimedia, eGovernment und Verwaltungsmodernisierung gegen starke Konkurrenz durchgesetzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Womit konnte sich der rheinland-pfälzische Beitrag deutlich von dem abheben, was in anderen Bundesländern im Bereich der Informationstechnologie entwickelt wird?
2. Welche Bedeutung haben CIO-Konzepte heute, sodass die Wettbewerbsveranstalter ihnen eine eigene Kategorie innerhalb des Wettbewerbs zugewiesen haben?
3. Welche Rolle spielen CIO-Konzepte innerhalb einer Gesamtstrategie?

15. Abgeordnete Marianne Grosse, Jutta Steinruck und Carsten Pörksen (SPD)

Arbeitnehmerdatenschutz

Aufgrund der Vorfälle von Arbeitnehmerüberwachung setzt sich das Land Rheinland-Pfalz über eine Bundesratsinitiative für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ein. Der Bundesrat hat am 7. November 2008 darüber beraten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Anlass hatte die Landesregierung für ihre Bundesratsinitiative?
2. Welche Zielsetzungen verfolgt die Landesregierung zum Arbeitnehmerdatenschutz?
3. Wie schätzt die Landesregierung die weitere gesetzgeberische Entwicklung ein?

16. Abgeordnete Hedi Thelen und Michael Hörter (CDU)

Umsetzung der Selbstverpflichtungen der Länder aus dem nationalen Integrationsplan

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand in Rheinland-Pfalz bei der verbindlichen Einführung von Sprachstandtests?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, die Schulabbrecherquote der Jugendlichen bis 2012 an den Durchschnitt aller Schülerinnen und Schüler anzugleichen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Elternarbeit zu intensivieren?
4. Was tut die Landesregierung, um verstärkt pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund zu gewinnen?

17. Abgeordnete Monika Fink, Alfons Maximini und Manfred Nink (SPD)

Geplanter Steinbruch im Weißland bei Olk im Kreis Trier-Saarburg

Nach Medienberichten soll im sogenannten Weißland bei Olk auf einem Gebiet von mehr als 200 Hektar ein Kalksteinbruch entstehen. Ein Antrag auf Probebohrungen soll noch in diesem Jahr gestellt werden. Die Investoren des in Zeitungsberichten als „Mega-Steinbruch“ bezeichneten Projekts planen, ein Mindestvorkommen von 130 Millionen Tonnen Rohstoffen in einer Mindestlaufzeit von 60 Jahren auszubeuten. Im Rahmen des Planungsvorhabens sei auch ein Zementwerk vorgesehen. Vor Ort hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die die Menschen über die Auswirkungen eines solchen Großprojekts auf die Bevölkerung und die Natur aufmerksam machen möchte. Zu erwähnen seien hier die nicht unerheblichen Mengen an Staub und der Lärm durch die Lkw, so die Bürgerinitiative.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung das Projekt eines sogenannten „Mega-Steinbruchs“ bei Olk im Kreis Trier-Saarburg bekannt?
2. Welche Behörde ist für die Genehmigung eines Abbauantrags dieser Größenordnung zuständig?
3. Was sind die rechtlichen Voraussetzungen einer Abbaugenehmigung?
4. Welche Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind bei der Genehmigung eines Projekts dieser Größenordnung vorgesehen?